

*Nach Meinung des US-Journalisten Tom Carter wurden mit dem neuen "Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht" die Voraussetzungen für einen totalen Krieg und die Errichtung von Militärdiktaturen – nicht nur in den USA – geschaffen. (Erster von vier Artikeln)*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 212/15 – 20.11.15**

## **Das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht, Teil 1 Eine Anleitung für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur**

Von Tom Carter

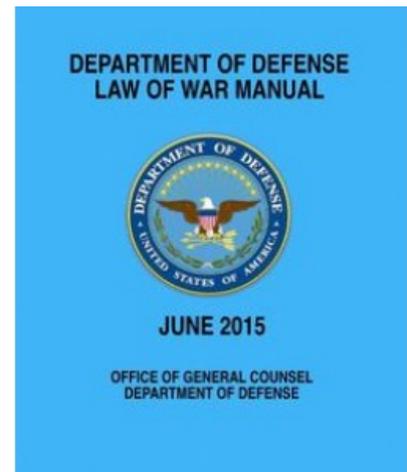
World Socialist Web Site, 03.11.15

( <http://www.wsws.org/en/articles/2015/11/03/laws-n03.html> )

Das neue vom US-Verteidigungsministerium herausgegebene Handbuch zum Kriegsrecht ist eher eine Anleitung zum Brechen des Völkerrechts und der US-Gesetze und zum Begehen von Kriegsverbrechen. Das im Juni 2015 vorgelegte 1.165-seitige Dokument, das erst kürzlich online gestellt wurde (s. <http://archive.defense.gov/pubs/Law-of-War-Manual-June-2015.pdf> ), entspricht nicht dem geltenden Recht, zeigt aber, wie das Pentagon damit umgeht.

Nach diesem Handbuch setzt das Kriegsrecht, wie es vom Pentagon interpretiert wird, nicht nur die Menschenrechte, sondern auch die US-Verfassung außer Kraft.

Das Handbuch erlaubt die Tötung von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und schafft die Voraussetzungen für massenhafte Inhaftierungen durch das US-Militär. Journalisten dürfen nicht nur zensiert, sondern auch als Spione behandelt werden, wenn die Militärs das für notwendig halten. Das Handbuch stellt den Einsatz von Atomwaffen frei und lässt auch Napalm, Geschosse aus abgereichertem Uran, Streubomben und andere schreckliche Waffen zu.



In diesem Handbuch geht es nicht nur um das Kriegsrecht, es ist eigentlich eine Anleitung für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur.

Das Handbuch ist der Beweis dafür, dass imperialistischer Militarismus und Demokratie nicht miteinander vereinbar sind. In den 25 Jahren seit dem Zerfall der Sowjetunion und besonders in den 14 Jahren seit Beginn des so genannten "Krieges gegen den Terror" haben die USA fast ununterbrochen Krieg geführt und ihren wirtschaftlichen Niedergang durch Drohungen und militärische Gewalt rund um die Welt zu vertuschen versucht.

Es ist kaum zu erwarten, dass eine Regierung, die mit Hilfe von Faschisten in der Ukraine einen Staatsstreich inszeniert hat, eine repressive Militärdiktatur in Ägypten unterstützt und die Verwüstung des Gazastreifen und den Massenmord an Palästinensern billigt, in den USA selbst die Gesetze einhält und demokratische Prinzipien achtet.

Die Regierungen der beiden Präsidenten Bush und Obama haben den "Krieg gegen den Terror" zum schrittweisen Abbau demokratischer Rechte in den USA genutzt, mit dem Patriot Act polizeistaatliche Einschränkungen beschließen und die Bevölkerung von der NSA und anderen Geheimdiensten uneingeschränkt überwachen lassen, die Polizei militarisiert und nicht nur Vorkehrungen für die Inhaftierung und Ermordung von US-Bürgern ohne An-

klage und Gerichtsverhandlung getroffen, sondern bereits die ersten Präzedenzfälle geschaffen.

Das Pentagon-Handbuch ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in einen US-Polizeistaat.

Präsident Dwight D. Eisenhower hat bereits in seiner berühmten Abschiedsrede im Jahr 1961 vor den Gefahren gewarnt, die von dem militärisch-industriellen Komplex (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller\\_Komplex](https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller_Komplex) ) ausgehen. Das gegenwärtige US-Establishment aus Militär, Geheimdiensten und Rüstungsindustrie ist inzwischen sogar noch viel mächtiger und einflussreicher geworden, als Eisenhower damals befürchtete. In dem Geld schwimmend, das sie mit ihren blutigen Angriffskriegen verdient haben, brüsten sich diese Gangster mit ihrer Unangreifbarkeit, verachten das Recht und die Demokratie und sind entschlossen, in den USA und im Ausland, weitere Gräueltaten und Kriegsverbrechen zu begehen.

Das Pentagon-Handbuch spiegelt internationale imperialistische Tendenzen wider. Seine Autoren betonen, dass auch "britische und australische Offiziere, die an Austauschprogrammen der U.S. Air Force teilnahmen, an seiner Erstellung beteiligt waren". Weiter heißt es: "Außerdem haben Rechtsberater der Streitkräfte Kanadas, Großbritanniens, Neuseelands und Australiens den 2009 vorgelegten Entwurf des Handbuches überprüft, und ausgewählte Rechtswissenschaftler haben Kommentare dazu abgegeben." [s. Einleitung des Handbuchs, S. V]

Das Handbuch, in dem "viele Jahre Arbeit und Erfahrung" stecken, gilt für alle dem Verteidigungsministerium unterstellten Teilstreitkräfte, die Army, die Navy, die Air Force und das Marine Corps, für vier US-Geheimdienste, einschließlich der NSA, und die vielen anderen nachgeordneten Dienststellen und Behörden des Pentagons – also für insgesamt 2,13 Millionen im aktiven Dienst stehende Personen und für 1,1 Millionen Reservisten. In dem Handbuch steht außerdem: "Von Rechtsberatern des Pentagons wird seit Jahren die Vorlage eines Handbuchs zum Kriegsrecht gefordert." [Einleitung, S. V] Das neue Handbuch ersetzt verschiedene andere unterschiedliche politische Dokumente, die bisher für die Teilstreitkräfte und die Geheimdienste erstellt worden waren.

Das Handbuch ist das Ergebnis langjähriger Bemühungen der Republikaner und Demokraten und aller Bush- und Obama-Regierungen. Es ist ein offizielles staatliches Dokument und wurde von einer "Arbeitsgruppe Kriegsrecht" erstellt, deren Vorsitz ein Vertreter des des DoD General Counsel (des höchsten Pentagon-Rechtsberaters, s. [https://en.wikipedia.org/wiki/General\\_Counsel\\_of\\_the\\_Department\\_of\\_Defense](https://en.wikipedia.org/wiki/General_Counsel_of_the_Department_of_Defense) ) führte und dem Vertreter der höchsten Militärrichter der Army, der Navy und der Air Force, des Rechtsberaters des Marine-Corps-Kommandeurs, der Rechtsabteilungen der Teilstreitkräfte und des Rechtsberaters des US-Generalstabes angehörten. [Einleitung, S. V-VI]

Der höchste Rechtsberater des Pentagons ist Stephen W. Preston (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Stephen\\_W.\\_Preston](https://en.wikipedia.org/wiki/Stephen_W._Preston) ). Preston war von 2009 bis 2012 der führende Rechtsberater der CIA; in dieser Zeit tat er alles, um eine Untersuchung der von der CIA begangenen Kriegsverbrechen und der illegalen Folterpraxis des Geheimdienstes zu verhindern. Es ist unklar, ob das Handbuch überhaupt von einer zivilen Behörde (oder dem Kongress) überprüft und genehmigt wurde.

## **Die Bedeutung des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher**

Im Handbuch zum Kriegsrecht finden sich viele Verweise auf den Nürnberger Prozess (Informationen dazu unter <http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnberger+Prozess>

[ze%C3%9F/Materialien+und+Dokumente](#) ), ein komplexes und wichtiges Ereignis aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, das große Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts hat. Gleich zu Beginn wird darauf Bezug genommen:

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Juristen des US-Militärs Tausende von Angeklagten von Militärgerichten aburteilen lassen; das taten sie nach den Worten des Chefanklägers Robert Jackson (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Robert\\_H.\\_Jackson](https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_H._Jackson) ) "nicht, um Rache zu üben, sondern um ihre in Gefangenschaft geratenen Feinde nach Recht und Gesetz für ihre Verbrechen zu bestrafen", und das sei eine der bedeutendsten Anlässe gewesen, bei denen "der Vernunft der Vorzug vor der Macht gegeben wurde". In Erinnerung an diesen historischen Prozess, stellte der Chef des US-Generalstabes fest: "Das Kriegsrecht ist deshalb eigentlich eine US-amerikanische Errungenschaft. Und noch heute ist das Kriegsrecht für die US-Streitkräfte genau so verbindlich wie für alle anderen Streitkräfte der Welt."

Wenn sich das Pentagon im Jahr 2015 immer noch auf den Nürnberger Präzedenzfall beruft, ist das genau so unglaublich, wie wenn ein die Umwelt verschmutzender Konzern behauptet, er trete für Umweltschutz ein. Wenn die in Nürnberg entwickelten Prinzipien auch auf die US-Regierung angewandt würden, müsste die gesamte Pentagon-Führung eingesperrt und angeklagt werden, weil sie ständig neue völkerrechtswidrige Angriffskriege anzettelt. Nachdem die Alliierten Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg besiegt hatten, beriefen die Siegermächte internationale Tribunale ein, um die Hauptkriegsverbrecher der geschlagenen Gegner anzuklagen. Der berühmteste Prozess fand vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 in der deutschen Stadt Nürnberg gegen Hermann Göring (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann\\_G%C3%B6ring](https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_G%C3%B6ring) ), Rudolf Heß, (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf\\_He%C3%9F](https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_He%C3%9F) ), Joachim von Ribbentrop (s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim\\_von\\_Ribbentrop](https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_von_Ribbentrop) ), Wilhelm Keitel (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm\\_Keitel](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Keitel) ) und andere Nazigrößen statt (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/N%C3%BCrnberger\\_Prozess\\_gegen\\_die\\_Hauptkriegsverbrecher](https://de.wikipedia.org/wiki/N%C3%BCrnberger_Prozess_gegen_die_Hauptkriegsverbrecher) ) statt.



Göring, Heß, v. Ribbentrop und Keitel  
(in der mittleren Reihe, von links nach rechts)

Diese Verfahren gegen Kriegsverbrecher der unterlegenen Mächte hatten zweifellos eine Komponente von "Siegerjustiz", denn in der gleichen Augustwoche des Jahres 1945, in der die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich die Gründung eines Internationalen Militärtribunals vereinbarten, begingen die USA mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zwei der abscheulichsten Kriegsverbrechen (die bisher ungeahndet blieben).

Trotzdem wurden in Nürnberg wichtige völkerrechtliche Prinzipien (s. [http://www.von-nuernberg-nach-den-haag.de/seite1/die\\_nuernberger\\_prinzipien/](http://www.von-nuernberg-nach-den-haag.de/seite1/die_nuernberger_prinzipien/) ) entwickelt, die bis heute gelten, vom derzeitigen korrupten und gesetzlosen politischen Establishment der USA aber ständig mit Füßen getreten werden: Es glaubt jede beliebige Person überall auf der Welt jederzeit ohne Anklage und Gerichtsverhandlung entführen oder ermorden zu dürfen, greift Staaten, die ihm aus irgendeinem Grund missfallen, "vorbeugend" an und lässt die Bevölkerung der ganzen Welt ausspionieren.

Der Nürnberger Prozess fand statt, weil sich die Alliierten mehrheitlich darauf einigten, die Nazigrößen nicht einfach exekutieren zu lassen, was sie auf der Grundlage einer

"politischen Entscheidung" hätten tun können. Die Angeklagten erhielten die Möglichkeit, sich in einem ordentlichen Gerichtsverfahren durch einen Rechtsanwalt eigener Wahl verteidigen zu lassen, Entlastungszeugen zu benennen und vorgelegte Beweise zu entkräften.

Der wichtigste in den Nürnberger Verhandlungen entwickelte Rechtsgrundsatz lautet: "Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist daher nicht bloß ein internationales Verbrechen; es ist das schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, daß es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt und anhäuft." (Zitat aus <http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnberger+Proze%C3%9F/Materialien+und+Dokumente/Urteil/Der+gemeinsame+Plan+zur+Verschw%C3%B6rung+und+der+Angriffskrieg> ) Für die Richter, die im Nürnberger Prozess über einige der schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu urteilen hatten, waren also die von Hitler und seinen Helfershelfern entfesselten Angriffskriege die schlimmsten aller Verbrechen.

US-Chefankläger war der dem Supreme Court (dem höchsten US-Gericht) angehörende Richter Robert Jackson. Sein Assistent Telford Taylor (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Telford\\_Taylor](https://de.wikipedia.org/wiki/Telford_Taylor) ) schrieb in einem Vermerk für Jackson, die Frage nach den Motivationen und Zielen der Nazis seien nicht das wichtigste Rechtsproblem: "Die Frage nach den Ursachen ist sicher wichtig und wird die Historiker noch lange beschäftigen; sie ist aber nicht in diesem Prozess zu klären, der sich ausschließlich mit der Planung und Entfesselung illegaler Angriffskriege zu befassen hat, unabhängig davon, welche Gründe die Angeklagten für ihr Handeln geltend machen."

#### **Die Nürnberger Prinzipien**

(im Wortlaut entnommen aus [http://www.von-nuernberg-nach-den-haag.de/seite1/die\\_nuernberger\\_prinzipien/](http://www.von-nuernberg-nach-den-haag.de/seite1/die_nuernberger_prinzipien/) )

01 Jede Person, welche ein völkerrechtliches Verbrechen begeht, ist hierfür strafrechtlich verantwortlich.

02 Auch wenn das nationale Recht für ein völkerrechtliches Verbrechen keine Strafe androht, ist der Täter nach dem Völkerrecht strafbar.

03 Auch Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder sind für von ihnen begangene völkerrechtliche Verbrechen nach dem Völkerrecht verantwortlich.

04 Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch anders hätte handeln können.

05 Jeder, der wegen eines völkerrechtlichen Verbrechens angeklagt ist, hat Anspruch auf ein ordnungsgemäßes Verfahren.

06 Folgende Verbrechen sind als völkerrechtliche Verbrechen strafbar: a) Verbrechen gegen den Frieden b) Kriegsverbrechen c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

07 Die Mittäterschaft zur Begehung der genannten Verbrechen stellt ebenfalls ein völkerrechtliches Verbrechen dar.

Mit anderen Worten, die Entfesselung eines Angriffskrieges ist ein krimineller Akt – ein Verbrechen gegen den Frieden – unabhängig von den politischen Argumenten, die zu seiner Rechtfertigung angeführt werden.

Im Nürnberger Urteil wird auch das Argument zurückgewiesen, Verbrechen, die auf höheren Befehl, begangen wurden, seien den Tätern nicht anzulasten. Das 4. Nürnberger Prinzip lautet: "Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch anders hätte handeln können."

Diese auf demokratischen Vorstellungen beruhenden Prinzipien wirkten lange über den Prozess hinaus. Während des Vietnam-Krieges schrieb Taylor in seinen Erinnerungen: "Tausende von jungen Männern machten unter Berufung auf die Nürnberger Prinzipien geltend, dass ihnen das Völkerrecht verbiete, an diesem US-Angriffskrieg teilzunehmen."

Am 12. Juli 2013 hat sich auch NSA-Whistleblower Edward Snowden auf die Nürnberger Prinzipien berufen, um seine Enthüllungen über illegale Überwachungspraktiken zu recht-

fertigen: "Ich halte mich an die 1945 in Nürnberg entwickelten Prinzipien. Auch als Individuum bin ich zur Achtung des Völkerrechts verpflichtet und fühle mich deshalb von der Einhaltung nationaler Vorschriften entbunden. Auch US-Bürger haben die Pflicht, sich über US-Gesetze hinwegzusetzen, um Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit zu verhindern."

Der Nürnberger Präzedenzfall belegt auch, dass die USA als dominierende imperialistische Macht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind. Die herrschende Klasse der USA glaubte, sich unter diesen Umständen die Festlegung demokratischer Prinzipien leisten zu können, die für alle Staaten, also auch für die USA selbst, gelten sollten.

Am 23. Juli 1945 erklärte Jackson vor der International Conference on Military Tribunals in London [s. <http://avalon.law.yale.edu/imt/jack44.asp> ], dem Gremium der Alliierten, das diese Prozesse vorbereitete: "Wenn wir bestimmte gewaltsame Verletzungen von völkerrechtlichen Verträgen zu Verbrechen erklären, dann gilt das unabhängig davon, ob diese Verbrechen von den USA oder von Deutschland begangen werden; wir können verbrecherisches Verhalten nicht nur bei anderen ahnden, wir müssen uns auch selbst den von uns festgelegten Bestimmungen unterwerfen."

Siebzig Jahre nach dem Nürnberger Prozess hört die US-Regierung nicht mehr auf die US-Juristen Jackson und Taylor, sie handelt eher wie die in Nürnberg Angeklagten. Das Pentagon beruft sich zwar auf die Nürnberger Prinzipien, hat aber seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion u. a. den Irak, Somalia, Haiti, das ehemalige Jugoslawien, den Sudan, Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien, Nigeria und den Jemen überfallen.

Da die Entfesselung von Angriffskriegen völkerrechtswidrig ist, müssten gegen Barack Obama, Hillary (und Bill) Clinton, George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, John Brennan, Leon Panetta, Robert Gates, James Clapper, John Ashcroft, Joe Biden, John Kerry und ihre kriminellen Mitverschwörer schon längst Haftbefehle ergangen sein. Alle genannten Personen gehören wie Göring und die anderen Nazigrößen wegen der von ihnen begangenen Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit auf die Anklagebank.

Es liegen genügend stichhaltige Beweise für Klagen gegen diverse Personen vor. Ein solches Beweisstück ist zum Beispiel ein Memorandum Donald Rumsfelds vom 27. November 2001 (s. <http://www.nytimes.com/2006/12/03/world/middleeast/03mtext.html> ), in dem er vorschlägt, wie ein Angriffskrieg gegen den Irak mit gefälschten Anschuldigungen zu rechtfertigen wäre. Unter der entlarvenden Überschrift "Wie beginnen?" empfiehlt er, folgende Vorwürfe gegen Saddam zu erheben: Er plane einen Angriff auf die Kurden im Norden des Iraks. Außerdem sei er in die Anschläge am 11. September 2001 und die Milzbrand-Attentate (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP13008\\_110808.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13008_110808.pdf) ) verwickelt gewesen. Und er lasse keine UN-Inspektoren ins Land, weil er nicht wolle, dass seine Massenvernichtungswaffen entdeckt werden.

Rumsfelds Memorandum ist einer von vielen Beweisen dafür, dass es eine Verabredung gab, die Invasion des Iraks im Jahr 2003 mit Lügen und Vorwänden zu rechtfertigen. Durch diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verloren Hunderttausende von Menschen ihr Leben und Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen. Die irakische Gesellschaft wurde zerstört, islamistische Gruppierungen wie der ISIS entstanden und privates und Volkseigentum im Wert von Milliarden Dollars wurde vernichtet.

Der Nürnberger Prozess enthüllte ein ähnlich kriminelles Komplott – das, mit dem die Nazis ihren Überfall auf Polen zu rechtfertigen versuchten. Um einen Kriegsgrund zu haben, inszenierten sie einen "polnischen Überfall" auf den Sender Gleiwitz (s. dazu auch

[https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberfall\\_auf\\_den\\_Sender\\_Gleiwitz](https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberfall_auf_den_Sender_Gleiwitz) ). In Nürnberg konnte nachgewiesen werden, dass der Überfall von Deutschen durchgeführt wurde, die sich als Polen ausgaben. Hitler hatte vor seinen Generälen geprahlt: "Die Glaubwürdigkeit spielt keine Rolle. Der Sieger wird nicht gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat."

### **Du tust was ich sage, und ich tue was ich will**

Trotz der wiederholten Berufung auf den Nürnberger Präzedenzfall, wird das Pentagon-Handbuch größtenteils geprägt durch die Anmaßung: "Du tust was ich dir sage, und ich tue was ich will!".

Zum Angriffskrieg wird zum Beispiel gesagt: "Der Angriffskrieg ist die schwerwiegendste und illegalste Form der Anwendung militärischer Gewalt. ... Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist ein völkerrechtswidriges Verbrechen." [S. 44 des Handbuchs] Diese Aussage stimmt mit den Nürnberger Prinzipien überein.

Wer weiter liest, stellt allerdings fest, dass dieser Grundsatz nur für andere Staaten, aber nicht für die USA gelten soll. Dem Handbuch ist zu entnehmen, dass die USA den International Criminal Court / ICC (den Internationalen Strafgerichtshof, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Strafgerichtshof](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Strafgerichtshof) ) nicht anerkennen und infolgedessen auch nicht wegen ihrer Angriffskriege vor ihm verklagt und von ihm verurteilt werden können.

Im Handbuch steht außerdem: "Die USA vertreten die Ansicht, dass die Definition des Angriffskriegs in den in Kampala beschlossenen Änderungen (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84nderungen\\_des\\_R%C3%B6mischen\\_Statuts](https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84nderungen_des_R%C3%B6mischen_Statuts) ) zum Statut von Rom nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmen." [S. 45] Die USA seien auch besorgt "weil der ICC möglicherweise einen Staat wegen eines Angriffskrieges verurteilen könne, ohne einen vorherigen Beschluss des UN-Sicherheitsrates, dass es sich tatsächlich um einen Angriffskrieg handle". [S. 1.112] Einen derartigen Beschluss des Sicherheitsrates könnten die USA mit ihrem Veto natürlich jederzeit verhindern.

Die Weigerung der USA, die Autorität des ICC anzuerkennen, ist von großer historischer Bedeutung. Die USA spielten eine Hauptrolle im Nürnberger Präzedenzfall, weigern sich jetzt aber, die Durchsetzung dort getroffener Festlegungen auch für sich selbst zu akzeptieren. Damit geben sie eigentlich zu, dass bei einer Anwendung der Nürnberger Prinzipien auf die heutigen USA buchstäblich das gesamte offizielle Washington eingesperrt (und wegen schwerster Kriegsverbrechen bestraft) werden müsste. Die Weigerung entlarvt auch die betrügerische Arroganz, mit der sich Washington als selbsternannter "Weltpolitiker" aufspielt und sich anmaßt, andere Staaten wegen angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht anzugreifen.

Ähnlich wird in dem Pentagon-Handbuch auch mit der Folter verfahren. Dazu wird gesagt: "Natürlich ist es illegal, Häftlinge bei Verhören zu foltern, um an Informationen zu kommen." [S. 309] Es wird aber kein Wort über das systematische sadistische Folter-Programm der CIA verloren, das mit dem Einverständnis hochrangiger Mitarbeiter des Weißen Hauses stattfand, für das bisher aber niemand zur Verantwortung gezogen wurde.

Das Handbuch ist voller Einschränkungen, Ausschlussklauseln und Zweideutigkeiten. So ist zum Beispiel darin zu lesen: "Dieses Handbuch liefert keinerlei juristische Handhaben materieller oder verfahrenstechnischer Art, die es möglich machen, gegen die USA, einzelne Ministerien, Behörden oder andere staatliche Einrichtungen und gegen Behördenleiter, staatliche Angestellte oder irgendeinen US-Bürger strafrechtlich vorzugehen." [S. 1] Mit anderen Worten, das Kriegsrecht müssen nur andere Staaten einhalten, die USA selbst natürlich nicht. Passagen wie die gerade zitierte lassen erkennen, dass es in diesem "Handbuch zum Kriegsrecht" nicht um das Recht, sondern nur um die Rechtfertigung

der Aktivitäten des Pentagons geht.

Die Heuchelei des Pentagons, die, was die Folter und den Angriffskrieg betrifft, in blanke Trickserie ausartet, zeigt vor allem die Krise, in der sich die herrschende US-Bourgeoisie befindet, und die Widersprüche in der US-Außenpolitik.

Einerseits bemüht sich die US-Regierung ständig, ihre imperialistischen Projekte als völkerrechtskonform darzustellen. So wurde zum Beispiel zur Rechtfertigung des ersten Golfkrieges, den Vater Bush im Jahr 1991 geführt hat, die Invasion Kuwaits durch den Irak als "völkerrechtswidriger Angriffskrieg" angeprangert.

Und im letzten Jahr haben führende US-Politiker Russland der "Aggression" gegen die Ukraine bezichtigt. Obwohl die USA den Staatsstreich in der Ukraine inszeniert haben – mit Hilfe vieler Millionen US-Dollars und ausgewählter US-Kommandotrups – beschuldigte John Kerry Russland, die "nationale Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu verletzen". Und Obama erklärte: "Wir glauben, dass Russland mit seinen Aktivitäten gegen das Völkerrecht verstößt."

Andererseits fallen die USA trotz des ganzen Geredes über das Völkerrecht, die nationale Souveränität und die territoriale Integrität über jedes Land her, das ihnen aus irgendeinem Grund nicht passt, und bombardieren es ohne jede Rücksicht auf die Rechte, deren Einhaltung sie von anderen Staaten fordern. Wenn die Angriffskriege der USA internationale Zustimmung finden, freut sie das, wenn nicht, greifen sie trotzdem an.

In dem Handbuch wird festgestellt: "Die Berechtigung, Handlungen vorzunehmen, die unter das Kriegsrecht fallen, erwächst aus der Souveränität eines Staates und nicht aus irgendwelchen völkerrechtlichen Vereinbarungen." Mit anderen Worten, die USA glauben, sich über Verträge, Abkommen und andere "völkerrechtliche Vereinbarungen" einfach hinwegsetzen zu können; 2002 hat die US-Regierung sogar ausdrücklich erklärt, dass sie sich nicht an die Genfer Konvention von 1949 gebunden fühle, aber an ihrer eigenen Interpretation des Völkerrechts festhalten wolle (s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/kriegs-gefangene-usa-missachten-genfer-konventionen-1.641743> ).

In den Nürnberger Prozessen hat Chefankläger Jackson das Nazi-Regime als monströses kriminelles Unternehmen und als gigantische illegale Verschwörung bezeichnet, die sich auf äußerst zynische und selbstsüchtige Weise ein eigenes "Recht" geschaffen habe. Die Angeklagten hätten überrascht zur Kenntnis genommen, dass überhaupt ein allgemein verbindliches Recht existierte. Sie hätten sich an kein Gesetz gebunden gefühlt. Ihre Ideologie habe jede Art von Recht einfach ignoriert. Auf das Völkerrecht, das Naturrecht, die deutschen Gesetze und die Gesetze anderer Staaten hätten sie sich aus propagandistischen Gründen nur berufen, "wenn sie sich einen Nutzen davon versprochen, aber jedes Recht missachtet, wenn es ihre Untaten behinderte". Diese Einschätzung trifft auch auf das Pentagon und dessen Handbuch zum Kriegsrecht zu.

Das Handbuch gibt dem Pentagon ausdrücklich grünes Licht dafür, seine gerade formulierten Positionen zu wechseln. Seine Autoren schreiben, das Dokument verbiete dem Pentagon nicht, seine Interpretation des Kriegsrechts jederzeit erneut zu verändern. [Vorwort S. 1]

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Den Link und die Seitenangaben in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Auf der deutschsprachigen World Socialist Web Site ist unter <http://www.wsws.org/de/articles/2015/08/12/pent-a12.html> ein Artikel aufzurufen, der sich auch mit dem Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht befasst. Anschließend drucken wir den Origi-*

*naltex ab.)*

# World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

## **The Pentagon's Law of War Manual: Part one**

### **A blueprint for total war and military dictatorship**

By Tom Carter

3 November 2015

The new US Department of Defense Law of War Manual is essentially a guidebook for violating international and domestic law and committing war crimes. The 1,165-page document, dated June 2015 and recently made available online, is not a statement of existing law as much as a compendium of what the Pentagon wishes the law to be.

According to the manual, the "law of war" (i.e., the law of war according to the Pentagon) supersedes international human rights treaties as well as the US Constitution.

The manual authorizes the killing of civilians during armed conflict and establishes a framework for mass military detentions. Journalists, according to the manual, can be censored and punished as spies on the say-so of military officials. The manual freely discusses the use of nuclear weapons, and it does not prohibit napalm, depleted uranium munitions, cluster bombs or other indiscriminate weapons.

The manual might have more properly been titled A Manifesto for Total War and Military Dictatorship.

The manual is an expression of the incompatibility of imperialist militarism and democracy. In the 25 years since the liquidation of the USSR, and especially over the 14 years since the launching of the so-called "war on terror," the United States has been almost perpetually at war, seeking to offset its economic decline by threats and military violence around the world.

The same government that orchestrated a coup led by fascists in the Ukraine, that backs a military dictatorship and repression in Egypt, and that supports mass killings and destruction in Gaza can hardly be expected to remain true to the rule of law and democratic principles at home.

Through both the Bush and Obama administrations, the "war on terror" has been accompanied by a steady abrogation of democratic rights within the United States, including a barrage of police state legislation such as the Patriot Act, unrestricted spying on the population by the National Security Agency and other agencies, the militarization of the police, and the establishment of precedents for the detention and assassination of US citizens without charges or trial.

In this context, the Pentagon manual is a significant milestone in the drive to establish the framework of a police state.

In his farewell address in 1961, President Dwight D. Eisenhower famously warned about the dangers posed by the "military-industrial complex." But America's current military-corporate-intelligence establishment has metastasized far beyond anything Eisenhower could have imagined. Bloated with unlimited cash, dripping with blood from wars of aggression, it boldly announces its independence, its hostility to democracy and the rule of law, and its

readiness to carry out war crimes and other atrocities at home and abroad.

The Pentagon manual reflects international imperialist tendencies. Its authors state that it “benefited from the participation of officers from the United Kingdom’s Royal Air Force and the Australian Royal Air Force on exchange assignments with the US Air Force.” They continue: “In addition, military lawyers from Canada, the United Kingdom, New Zealand, and Australia reviewed and commented on a draft of the manual in 2009 as part of a review that also included comments from distinguished scholars.” (P. v)

The manual, which “reflects many years of labor and expertise,” applies to the entire Department of Defense, which includes the Army, Navy, Air Force, Marine Corps, four national intelligence agencies including the NSA, and numerous other subordinate departments and agencies, totaling 2.13 million active duty personnel and 1.1 million reservists. The manual notes, “Promulgating a DoD-wide manual on the law of war has been a long-standing goal of DoD lawyers.” (P. v) The new document supersedes various policy documents that had accumulated piecemeal within different sections of the military and intelligence agencies.

It is the outcome of a continuous effort through both Democratic and Republican administrations over a long period, including the Bush and Obama administrations. It was issued at the highest levels of the state, having been prepared by a “Law of War Working Group” that “is chaired by a representative of the DoD General Counsel and includes representatives of the Judge Advocates General of the Army, Navy, and Air Force; the Staff Judge Advocate to the Commandant of the Marine Corps; the offices of the General Counsels of the Military Departments; and the Legal Counsel to the Chairman of the Joint Chiefs of Staff.” (Pp. v-vi)

The Pentagon general counsel is Stephen W. Preston. Preston was general counsel of the Central Intelligence Agency (CIA) from 2009 to 2012, during which time the CIA covered up its own war crimes and obstructed efforts to investigate its illegal torture program. It is unclear to what extent the manual has been reviewed or approved by any civilian authority.

### **The significance of Nuremberg**

The Law of War Manual is replete with references to the Nuremberg proceedings, a complex and significant event in the history of the post-World War II period and the history of international law. The manual opens with this tribute:

Nuremberg tribunal

“After World War II, US military lawyers, trying thousands of defendants before military commissions, did, in the words of Justice Robert Jackson, ‘stay the hand of vengeance and voluntarily submit their captive enemies to the judgment of law’ in ‘one of the most significant tributes that Power has ever paid to Reason.’ Reflecting on this distinctive history, one chairman of the Joint Chiefs of Staff observed that ‘[T]he laws of war have a peculiarly American cast.’ And it is also true that the laws of war have shaped the US Armed Forces as much as they have shaped any other armed force in the world.” (P. ii)

The Pentagon of 2015 paying tribute to the Nuremberg precedent is like the world’s top-polluting corporation expressing appreciation for efforts to protect the environment. If the precedent of Nuremberg were applied impartially today, it would be necessary to arrest and prosecute all of the top officials in the Pentagon, the world’s leading perpetrator of illegal aggression. After the triumph of the Allies over Germany and Japan in the Second World War, the victorious powers convened international tribunals to prosecute major war

criminals of the defeated powers. The most famous trial took place from November 20, 1945 to October 1, 1946 in Nuremberg, Germany and featured the prosecution of Hermann Göring, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop and other leading Nazis.

There was an undeniable component of “victors’ justice” in the proceedings. The same week in August 1945 that the United States, the USSR, Britain and France forged an agreement to establish the International Military Tribunal, the United States committed some of the most heinous crimes of the war: the atomic bombings of Hiroshima and Nagasaki.

Nonetheless, the democratic legal positions espoused at Nuremberg stand in sharp contrast to the corrupt and lawless American political establishment of today, which asserts the right to abduct or assassinate any person without charges or trial anywhere on earth, attack any country “preventively,” and spy on the entire world’s population.

At the time of the Nuremberg tribunals, a majority view emerged among the major Allied governments rejecting calls to execute leading Nazis summarily on the basis of a “political decision.” Instead, the defendants were offered a full and fair trial, during which they were permitted to call witnesses, present evidence and argue in their own defense.

The most important principle that emerged from the Nuremberg proceedings was the concept that the decision to launch a war of aggression is the fundamental crime from which all other war crimes flow. While the Nuremberg prosecutors exposed some of the greatest crimes in human history, they maintained that the primary crime was the decision by Hitler and his close associates to launch the war in the first place.

The chief US prosecutor was Supreme Court Justice Robert Jackson. His assistant, Telford Taylor, emphasized in a memorandum to Jackson that the underlying motivations and aims of the Nazis were not the decisive legal questions: “The question of causation is important and will be discussed for many years, but it has no place in this trial, which must rather stick rigorously to the doctrine that planning and launching an aggressive war is illegal, whatever may be the factors that caused the defendants to plan and to launch.”

In other words, launching a war of aggression is a criminal act—a crime against peace—no matter what arguments or policies are invoked to justify it.

Similarly, the Nuremberg prosecutors rejected the argument that those who committed crimes were justifiably “following” or “relaying” orders. Nuremberg Principle IV reads, “The fact that a person acted pursuant to order of his Government or of a superior does not relieve him from responsibility...provided a moral choice was in fact possible to him.”

These were powerful democratic conceptions that reverberated long after the trials. During the Vietnam War, as Taylor himself noted in his memoir, “thousands of young men contended...that under the Nuremberg principles they were legally bound not to participate in what they regarded as the United States’ aggressive war.”

More recently, on July 12, 2013, NSA whistleblower Edward Snowden invoked the Nuremberg principles to justify his refusal to conceal evidence of illegal spying. “I believe in the principle declared at Nuremberg in 1945,” he said. “Individuals have international duties which transcend the national obligations of obedience. Therefore, individual citizens have the duty to violate domestic laws to prevent crimes against peace and humanity from occurring.”

The Nuremberg precedent expressed the confidence of the United States as the dominant

imperialist power emerging out of the Second World War. The American ruling class felt that it could afford, under the circumstances, not only to assert democratic principles, but to declare that these principles were universal, applying to all countries, including the United States itself.

Thus, on July 23, 1945, Jackson told the International Conference on Military Tribunals, the inter-allied body that prepared the trials, "If certain acts of violation of treaties are crimes, they are crimes whether the United States does them or whether Germany does them, and we are not prepared to lay down a rule of criminal conduct against others which we would not be willing to have invoked against us." [1]

Seventy years later, America's leaders have much less in common with jurists like Jackson and Taylor than they do with Nuremberg's defendants. While the Pentagon pays tribute to the Nuremberg precedent, a partial list of the countries subjected to US military violence since the liquidation of the USSR includes Iraq, Somalia, Haiti, the former Yugoslavia, Sudan, Afghanistan, Pakistan, Libya, Syria, Nigeria and Yemen.

If launching a war of aggression is illegal, arrest warrants should be forthcoming for Barack Obama, Hillary Clinton, George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, John Brennan, Leon Panetta, Robert Gates, James Clapper, John Ashcroft, Joe Biden, John Kerry and their criminal co-conspirators. All of these individuals should be in the dock, right where Göring and company sat, on charges of war crimes, crimes against humanity and crimes against peace.

Ample evidence exists for indictments. One powerful exhibit in such a trial, for example, would be a November 27, 2001 memorandum by Donald Rumsfeld that contemplates various phony justifications for a war of aggression against Iraq. Under the profoundly incriminating headline "How start?" Rumsfeld ponders the possibilities: "Saddam moves against Kurds in north? US discovers Saddam connection to Sept. 11 attack or to anthrax attacks? Dispute over WMD inspections? Start now thinking about inspection demands."

Rumsfeld's memorandum is one of many proofs that there was a conspiracy to launch the invasion of Iraq in 2003 on the basis of lies and pretexts. As a result of this illegal aggression, hundreds of thousands of people lost their lives, if not more, and millions have been turned into refugees. An entire society has been devastated, leading to the rise of movements such as ISIS, and trillions of dollars worth of property have been destroyed or wasted.

The Nuremberg trials featured similar exposures of the criminal Nazi conspiracy to invade Poland based on false pretenses. To provide a *casus belli* for the war they had already decided to launch, the Nazis staged a provocation known as the Gleiwitz incident. During the Nuremberg proceedings, this incident was exposed as a staged attack on a German radio station by German forces posing as Poles. Hitler had boasted to his generals: "Its credibility doesn't matter. The victor will not be asked whether he told the truth."

### **Do as I say, not as I do**

Notwithstanding its repeated invocations of the Nuremberg precedent, the Pentagon's Law of War Manual features a strong element of "do as I say, not as I do."

For example, on the subject of aggressive war, the document declares, "Aggression is the most serious and dangerous form of the illegal use of force... Initiating a war of aggression is a serious international crime." (P. 44) This is a plain statement of the Nuremberg prece-

dent.

However, as one reads further, it emerges that this principle applies only to countries other than the United States. The manual notes that the US has refused to recognize the authority of the International Criminal Court (ICC), under which the US could be prosecuted for crimes of aggression.

The document states, “The United States has expressed the view that the definition of the act of aggression in the Kampala amendments to the Rome Statute does not reflect customary international law.” (P. 45) The US also expressed “concerns regarding the possibility of the ICC exercising jurisdiction over the crime of aggression without a prior determination by the Security Council that a State has committed an act of aggression.” (P. 1,112) Such a Security Council determination, of course, would be subject to a US veto.

The refusal of the United States to recognize the authority of the ICC has deep historical significance. The United States played a leading role in establishing the Nuremberg precedent, but now refuses to submit to its enforcement. This amounts to an admission that if the United States were subject to an impartial application of the Nuremberg precedent today, virtually all of official Washington would have to be transported to jail. It exposes as fraudulent all of America’s posturing as a kind of self-appointed “world policeman” with the authority to sanction and attack other states that allegedly violate international law.

Similarly, the Pentagon manual declares that torture is illegal: “For example, it would be unlawful, of course, to use torture or abuse to interrogate detainees for purposes of gathering information.” (P. 309) But the document fails to explain how the CIA came to implement a systematic and sadistic torture program with the integral participation of high-level officials in the White House, for which nobody has ever been held accountable.

The manual is full of caveats, disclaimers and weasel words. For example: “This manual is not intended to, and does not, create any right or benefit, substantive or procedural, enforceable at law or in equity against the United States, its departments, agencies, or other entities, its officers or employees, or any other person.” (P.1) In other words, the law of war does not apply to us, only to you. Passages like this reveal that the “law of war” manual does not represent “law” as such, but policies determined unilaterally by the Pentagon.

The Pentagon’s hypocrisy (and sometimes plain incoherence) on the subjects of torture and aggression is an expression of the crisis of bourgeois rule in the United States and the contradictions of American foreign policy.

On the one hand, the US constantly seeks to dress up its imperialist projects in the costume of international legality. To justify the first Gulf war (1991), America denounced Iraq’s invasion of Kuwait as illegal “aggression.”

Just last year, American political leaders were denouncing Russian “aggression” in Ukraine. After the United States orchestrated a coup in Ukraine, and while American commandos and dollars were pouring in, John Kerry accused Russia of violating Ukraine’s “national sovereignty” and “territorial integrity.” Obama declared, “There is a strong belief that Russia’s action is violating international law.”

On the other hand, notwithstanding all the talk about international law, national sovereignty, and territorial integrity, America invades and bombs anywhere it sees fit, without any regard for such considerations. Where the United States can obtain international legal approval for its aggression, it does so, but otherwise the aggression takes place anyway.

The manual states, “[T]he authority to take actions under the law of war would be viewed

as emanating from the State's rights as a sovereign entity rather than from any particular instrument of international law." In other words, the United States can freely ignore treaties and conventions and other "instruments of international law"—such as the Geneva Convention of 1949, which the United States announced in 2002 that it would not follow—while still claiming to adhere to its own version of international law.

At the Nuremberg trials, Jackson characterized the Nazi regime as essentially a monstrous criminal enterprise, a giant illegal conspiracy that invoked "law" only in the most tendentious, cynical and self-serving manner. The defendants, Jackson declared, "are surprised that there is any such thing as law. These defendants did not rely on any law at all. Their program ignored and defied all law... International Law, natural law, German law, any law at all, was to these men simply a propaganda device to be invoked when it helped and to be ignored when it would condemn what they wanted to do." These words apply with full force to the Pentagon and its manual.

The manual explicitly gives the Pentagon a green light at any future time to repudiate the principles it ostensibly lays down. Its authors write that the document does not "preclude the Department from subsequently changing its interpretation of the law." (P. 1)

**Footnotes:**

[1]: See <http://avalon.law.yale.edu/imt/jack44.asp> .

To be continued

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**